

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15

## Inhalt

Bonn hat auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo keine gute Rolle gespielt, stellen Günter Verheugen MdB und Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB fest.

Seite 1

Die Rechte der Frauen und Kinder zu wahren, ist eine der Forderungen, die Lissy Gröner MdEP an das informelle Treffen des EU-Familien- und Frauenministerrats adressiert.

Seite 2

Vor Akademikerinnen keine Achtung zu haben, wirft Gerda-Maria Haas MdL, dem bayerischen Kultusminister Zehetmair vor.

Seite 4

Das Verbot des Elfenbeinhandels aufrechtzuerhalten, verlangt Ulrike Mehl MdB mit Blick auf Versuche, das Washingtoner Artenschutzabkommen zu lockern.

Seite 6

49. Jahrgang / 176

13. September 1994

### Bonn hat in Kairo keine gute Rolle gespielt

Die Bundesregierung wird der Problematik der Entwicklung der Weltbevölkerung nicht gerecht

Von Günter Verheugen MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

Außenminister einer künftigen SPD-Regierung und

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Weltbevölkerungskonferenz hat deutlich gemacht, daß vom Bevölkerungswachstum das Überleben der Menschheit bestimmt wird. Entwicklungsländer und Industrieländer haben sich verpflichtet, größere Anstrengungen als bisher zu unternehmen, um die Ursachen eines zu starken Bevölkerungswachstums zu bekämpfen. Im eigenen Interesse sind auch wir Deutschen aufgerufen, endlich mehr gegen die Armut zu tun, die Stellung und die Rechte der Frauen zu stärken und eine Offensive für eine breite Bildung zu unterstützen.

Die Erde hält es nicht aus, wenn die Weltbevölkerung jährlich um 95 Millionen Menschen wächst. Schon jetzt ist sicher, daß sich die Weltbevölkerung von heute 5,7 Milliarden auf 10,5 Milliarden Menschen verdoppeln wird. Dem steht gegenüber, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik sinken wird.

Diese Schere zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern wird zu politischen und sozialen Spannungen führen, die bisher sträflich unterschätzt werden. Die aufstrebenden Staaten des Südens, die bald 90 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen werden, werden einen viel größeren Anteil an den Weltressourcen einklagen und ein viel größeres Gewicht an den internationalen Entscheidungen verlangen. Ein zum Weltmarkt offenes Land wie Deutschland kann sich nicht dagegen abschotten, sondern muß Mitverantwortung übernehmen, um Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang zu bringen.

Leider wurde dieses Hauptproblem auf der Kairoer Konferenz überlagert durch den Streit um die Abtreibung. Der Vatikan und islamische Fundamentalisten wehren sich wider jede Vernunft, gegen jede Form der Familienplanung und Geburtenkontrolle. Religiöser Fanatismus setzt die Zukunft aufs Spiel.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindertem Umfang  
mit unvollständiger Rohmaterialien  
Recycling-Papier



Die Bundesregierung hat in Kairo eine schlechte Rolle gespielt. Sie hat Texte zur Armutsbekämpfung unterschrieben, gleichzeitig aber für Afrika, daß das höchste Bevölkerungswachstum aufweist, die Entwicklungshilfe zurückgefahren. Afrika soll 1995 gegenüber 1993 700 Millionen Mark weniger Unterstützung bekommen. Und während der Regierung Kohl wurde der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt von 0,48 Prozent im Jahre 1992 auf jetzt 0,34 Prozent zurückgefahren - während dieser Zeit ist die Weltbevölkerung aber um eine Milliarde Menschen angestiegen.

Aber nicht nur das: Entwicklungsminister Spranger war auf dieser globalen Konferenz überhaupt nicht vertreten und Innenminister Kanther, der als Sprecher Europas auftrat, hat sich blamiert: Er war nicht in der Lage, auch nur die einfachsten Fragen zur globalen Bevölkerungsentwicklung zu beantworten und hat Charlotte Höhn, die nach Berichten in Kairo über eine "geringe Intelligenz von Afrikanern" räsontiert hat, nicht unverzüglich aus der deutschen Delegation abberufen. Auch wenn Frau Höhn aufgrund der Proteste in Kairo die Konferenz vorzeitig verlassen hat, hat dieses Verhalten der Bundesregierung dem Ruf Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Andere Staaten haben diese Konferenz ernster genommen. Dies zeigt das Auftreten des amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore und der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland.

Aus Anlaß der Weltbevölkerungskonferenz legt die SDD-Bundestagsfraktion der Öffentlichkeit heute ein Argumentationsheft zur Bevölkerungsentwicklung vor. Es informiert mit umfangreichem statistischen Material und Argumenten über die Trends und Probleme der Weltbevölkerung, aber auch über den demographischen Wandel in Deutschland.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf,

- die deutsche Präsidentschaft in der europäischen Union unverzüglich zu nutzen, um sicherzustellen, daß Europa sofort damit beginnt, den Aktionsplan von Kairo in die Tat umzusetzen,
- der Armutsbekämpfung, Bildung und Stärkung der Stellung der Frau in der Entwicklungspolitik absolute Priorität einzuräumen,
- aktiver die multilateralen Beratungs- und Familienplanungsprogramme zu unterstützen
- und in diesen Fragen enger mit den Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten.

(-/13. September 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Rechte der Frauen und Kinder wahren**

**Forderungen an das informelle Treffen des EU-Familien- und Frauenministerrats**

**Von Lissy Gröner MdEP**

**Familienpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament**

#### **1. Schluß mit den Informellen Treffen des Familien- und Frauenministerrats**

Die Informellen Ministerratstreffen dienen nur dem Meinungsaustausch. Eine verbindliche Beschlusfassung ist nicht möglich.

**Unsere Forderung:** Reden ist wichtig - benötigt werden Beschlüsse! Seit Jahren ist der Ministerrat nicht fähig, über

- die Richtlinie zum Elternurlaub
- die Richtlinie zur Umkehr der Beweislast
- das Memorandum zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit

einen Beschluß zu fassen. Bei der Kinderbetreuung begnügte man sich letztendlich mit einer unverbindlichen Empfehlung statt eine rechtsverbindliche Richtlinie zu verabschieden.

So kommt in die europäische Familien- und Frauenpolitik keine Bewegung und kein sozialer Fortschritt. Die beschlußhemmende Zögerhaltung der konservativen Regierungen in Europa muß aufhören!

### **2. Vierte Weltfrauenkonferenz in Peking 1995**

Die nationale Vorbereitung läßt zu wünschen übrig. Zur nationalen Vorbereitungskonferenz im Juni 1994 in Bonn wurde kein Bericht vorgelegt.

Der Bericht, der auf der Vorbereitungskonferenz der Europäischen Union im April 1994 in Toledo erarbeitet werden sollte, ist bisher dem Europäischen Parlament nicht vorgelegt worden.

Beide Berichte sollten - ebenso wie die Resultate der UN-Weltbevölkerungskonferenz, die zur Zeit in Kairo tagt - spätestens bis zur europäischen Regionalkonferenz der Vereinten Nationen (an der auch die USA, Kanada und die GUS-Staaten teilnehmen werden) im Oktober dieses Jahres in Wien vorliegen, damit sie bei der Beschlußfassung angemessene Berücksichtigung finden können.

### **3. Der Sozialabbau der deutschen Ratspräsidentschaft muß gestoppt werden**

Die Kommission der Europäischen Union hat mit dem Weißbuch "Sozialpolitik" ein Konzept für den Aufbau der Sozialunion vorgelegt, das vom Europäischen Parlament unterstützt wird. Die deutsche Ratspräsidentschaft muß nun auch von den Instrumentarien Gebrauch machen und ihre soziale Blockadepolitik einstellen;

- das IV. Europäische Armutsprogramm "Progress IV" darf nicht länger von der Bundesregierung blockiert werden;
- die Etatkürzungen bei den europäischen Jugend- und Bildungsprogrammen müssen umgehend zurückgenommen werden;
- der Sozialabbau auf allen Ebenen, speziell in Deutschland, muß sofort aufhören;
- die Rechte der Kinder müssen gewährt werden; dazu ist die Aufgabe der Vorbehalte bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention ein entscheidender Schritt.

### **4. Sozialdemokratische Forderungen an den Familien- und Frauenministerrat**

#### **Hälfte des Himmels**

Seit vor zwölf Jahren die konservative Regierung Kohls begonnen hat, hat sich die soziale Situation der Familien und Frauen in Deutschland definitiv verschlechtert. Der schönen Worte und Versprechungen gab es mehr als genug - aber das war es dann auch schon. Mittlerweile haben alle Familienverbände deutliche Kritik an der Bundesregierung geübt.

**Hälfte der Erde**

- Wir fordern endlich die Umsetzung der Richtlinie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit".
- Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds müssen gezielt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen eingesetzt werden. 55 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Europa sind Frauen.
- Die Verabschiedung von "Progress IV" wäre ein erster Schritt zur Bekämpfung der Armut in Europa.  
Unter der Regierung Kohl stieg die Zahl der weiblichen Sozialhilfeempfängerinnen um 50 Prozent an! Der Armutsbericht belegt: Hauptleidtragende sind Kinder und alte Leute.
- Das in Vorbereitung befindliche IV. Aktionsprogramm für Frauen muß rasch verabschiedet werden.

**Hälfte der Macht**

- Die Europäische Kommission muß paritätisch mit Frauen besetzt werden. Die Benennung von Monika Wulf-Mathies ist ein positives Signal.
- Es müssen regelmäßig formelle Frauen- und Familienministerrattreffen abgehalten werden.
- Das Europäische Parlament ist eine Lobby für die Frauen.  
25 Prozent der Europaabgeordneten sind Frauen.  
Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas wird sogar von einer Frau geführt und hat einen Frauenanteil von 60 Prozent im Vorstand!  
Dieses Beispiel zeigt, daß nur mittels einer Zielvorgabe, sprich einer Quotierung, der Anteil der Frauen in Entscheidungspositionen erhöht werden kann.
- Unser Ziel für die Vertragsrevision 1996 ist, die Quotierung aller Ämter festzuschreiben.

Wir wehren uns gegen ein "Kerneuropa", gegen eine Insel der Wohlhabenden im Meer der Ausgegrenzten. Soziale Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter sollen das Europa von Morgen prägen. Für Familien eine lebenswerte Zukunft sichern heißt auch, die auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften den Partnerschaften mit Trauschein gleichzustellen.

(-/13. September 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Vor Akademikerinnen hat Minister Zehetmair keine Achtung**  
In Bayern werden weitaus mehr Männer als Frauen zu Professoren berufen

Von Gerda-Maria Haas MdL

Im Regierungsteam von Renate Schmidt für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie  
zuständig

Ein bayerisches Gleichstellungsgesetz ist überfällig. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird hier sofort die Initiative ergreifen. Anlaß ist die geradezu erschreckende Nichtbeachtung von Frauen bei den Berufungen zu Professorinnen an den bayerischen Universitäten und Fachhochschulen.

In der Antwort auf meine Parlamentsanfrage nach den Gründen für die geringe Zahl von Frauen-Berufungen stellt Kultusminister Zehetmair (CSU) fest, daß "die Berufung von Professoren und Professorinnen nach der pädagogischen Eignung, der besonderen Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit sowie nach den wissenschaftlichen Leistungen, nicht jedoch nach Maßstäben der Frauenfreundlichkeit einzelner Hochschulen erfolgt". Mit diesem Satz gibt der CSU-Minister unverhohlen die arrogante Antihaltung der Berufungsgremien gegenüber Frauen wieder. Im Umkehrschluß bedeutet die Aussage nichts anderes als die Unterstellung, daß Frauen die besonderen Eignungen und Fähigkeiten nicht haben.

Aus der von Minister Zehetmair angeführten Statistik ergibt sich, daß der Frauen-Anteil bei Berufungen an der Universität Bamberg mit 20 Prozent am höchsten ist, gefolgt von der Universität Augsburg mit 15,6 Prozent und der Universität München mit 7,3 Prozent. Bei den Fachhochschulen liegt München mit 13,6 Prozent "vorne". Die geringste Anzahl von Frauen an den Berufungen weist die Universität Erlangen-Nürnberg mit drei von 107 auf. Bei der Universität Passau ist überhaupt keine Frau unter den 23 Berufungen. Fehlanzeige ist auch bei den Fachhochschulen in Augsburg, Coburg und Kempten zu melden. Unter den 648 Berufungen an den bayerischen Universitäten sind 39 Frauen. Unter den 423 Berufungen der Fachhochschulen sind 29 Frauen.

Unter den seit dem 1. Januar 1990 bis heute erfolgten 324 Berufungen in die Besoldungsgruppe C 3 waren 16 Frauen. Unter den gleichfalls 324 Berufungen in der Besoldungsgruppe C 4 waren 23 Frauen. Bei den Fachhochschulen erfolgten die Berufungen in der Regel in der Besoldungsgruppe C 2. Es waren 29 von 423 Berufungen. Über die Anzahl der Bewerbungen von Professorinnen gibt Kultusminister Zehetmair nur vage Auskunft. Der Frauenanteil an den Bewerbungen bei den Universitäten werde auf weniger als fünf Prozent, an den Fachhochschulen auf etwa sieben Prozent geschätzt.

Die von mir geforderte Auflistung nach Fakultäten weist die meisten Berufungen von Frauen in den Sprach- und Kulturwissenschaften mit acht Professorinnen in der Besoldungsgruppe C 4 und sieben in der Besoldungsgruppe C 3 auf. Bei der Humanmedizin sind es sechs Frauen in C 3 und zwei Frauen in C 4. Bei den Fachhochschulen sind 18 der 29 Professorinnen im Bereich Technik tätig.

Diese Statistik ist ein Dokument der Frauenbenachteiligung, das eindeutiger nicht sein könnte. Die Tatsache, daß der Kultusminister der CSU darüber nicht einmal ein Silbchen des Bedauerns verliert, macht klar: Unter einer CSU-Regierung wird es auch in Zukunft keinerlei Maßnahmen geben, den Frauen eine Professorinnen-Karriere zu ermöglichen.

(-/13. September 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Verbot des Elfenbeinhandels aufrechterhalten**  
**Das Washingtoner Artenschutzabkommen darf nicht angetastet werden**

Von Ulrike Mehl MdB

Eine Lockerung des Verbots für den Elfenbeinhandel wäre eine ernstliche Bedrohung für das Überleben des Afrikanischen Elefanten. Zwar gibt es in einigen afrikanischen Nationalparks Elefantenbestände, die bejagt werden müssen, um Überpopulationen zu vermeiden. Ein Handel mit Elfenbein aus diesem beschränkten Abschuß wäre jedoch nach Expertenmeinung nicht kontrollierbar. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert alle Anstrengungen zu unternehmen, um in der Europäischen Union eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber den Bestrebungen einiger afrikanischer Staaten, den Elfenbeinhandel wieder zuzulassen, herbeizuführen.

Erst 1989 wurde der Afrikanische Elefant in Anhang 1 des Washingtoner Artenschutzabkommens eingestuft und damit der Elfenbeinhandel verboten. Der Absatzmarkt für Elfenbein brach zusammen und die Wilderei des "grauen Riesen" lohnte sich nicht mehr. So wurden beispielsweise in Kenia im Jahre 1991 "nur noch" 46 Elefanten gewildert, gegenüber etwa 4.000 Elefanten im Jahre 1989. Die Preise für Elfenbein verfielen drastisch, und der Verkauf von Elfenbeinprodukten ging in fernöstlichen Ländern um bis zu mehr als 90 Prozent zurück. Die Bestände konnten sich in isolierten Nationalparks durch gezieltes Management soweit erholen, daß die Elefanten regional bejagt werden müssen, um die Vegetation zu schützen. Die betroffenen Länder argumentieren, daß sie dringend auf den Verkaufserlös aus Elfenbein, Elefantenleder oder Elefantenhaar angewiesen seien, und fordern deshalb die zumindest begrenzte Freigabe des Handels.

Aber genau hier liegt das Problem. Eine international wirksame Kontrolle des Elfenbeinhandels erscheint derzeit nicht möglich, denn die Methoden zur Kennzeichnung, Registrierung und Kontrolle sind aufwendig und teuer. Zu schnell könnte ein geöffneter Markt der unkontrollierbaren Wilderei Tür und Tor öffnen und die afrikanischen Elefanten wieder an den Rand der Ausrottung bringen. Solange aus technischen Gründen oder auf Grund mangelhafter Kontrollen nicht lückenlos nachvollziehbar ist, ob ein Stück Elfenbein von einem notwendigerweise geschossenen oder einem gewilderten Elefanten stammt, gibt es keine Alternative zum generellen Handelsverbot. Im Zweifelsfall muß für den Schutz des Elefanten entschieden werden und nicht für eine fragwürdige Nutzung.

Die gerechtfertigten finanziellen Forderungen der betroffenen Länder müssen auf andere Art ausgeglichen werden. Dieser Konflikt ist nicht auf den Handel mit Elfenbein beschränkt, sondern wird bei allen Handelsbeschränkungen mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten auftreten, bei denen die Herkunftsländer auf Verkaufserlöse verzichten müssen, um die Populationen der Arten zu sichern.

Die in Rio unterzeichnete "Konvention über die biologische Vielfalt" sieht deshalb Ausgleichsleistungen vor, die aus dem globalen Umweltentwicklungsfonds (GEF) zu leisten sind. Damit bietet sich auch im Falle des Elfenbeinhandels eine Möglichkeit, die Elefantenpopulationen zu sichern, ohne den betroffenen afrikanischen Ländern unzumutbare Belastungen aufzubürden, und sie auf dem eingeschlagenen Weg zu einer "nachhaltigen Entwicklung" zu fördern.

(-/13. September 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*